

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Alle Grundschüler erreichen mit dem „Masterplan Grundschule“ Regelstandards!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen, damit Berliner Grundschüler die von der Kultusministerkonferenz definierten, bundesweit geltenden Standards in den Bereichen Deutsch und Mathematik schnellstmöglich erreichen.

1. Den Übergang von der Kita in die Schule gut vorbereiten

Das Sprachlerntagebuch ist bei verantwortungsvoller und kompetenter Führung ein sinnvolles Instrument zur Sprachstandserhebung und zur Bestimmung von angepassten Lernmaßnahmen. Kein Kind, das schon Vorkenntnisse mitbringt, soll in der Grundschule wieder bei Null anfangen, andere müssen besonders gefördert werden. Kita und Grundschule müssen aufgefordert werden, verbindlich bei den Eltern für die Weiter- und Übergabe des Sprachlerntagebuchs zu werben und Grundschulen müssen die Erkenntnisse auch nutzen. Erzieher sollten im Lauf ihres Arbeitslebens zwischen Kita und Grundschule wechseln.

Grundschulen müssen darauf vertrauen können, dass Erstklässler ein bestimmtes Maß an Lernfähigkeit, an Umgangsformen und an Sprachniveau mitbringen. Dies ist in Vorschulgruppen in der Kita, in Willkommensklassen oder sonstigen Vorklassen sicherzustellen.

Nicht-Kita-Kinder, die bei der 18 Monate vor Schulbeginn stattfindenden Sprachstandserhebung Sprachdefizite aufweisen, werden zur Sprachförderung einer Kita, ggf. einer Grundschule, zugewiesen. Eltern, die ihre Kinder nicht zur Sprachstandserhebung vorstellen, werden zuhause aufgesucht.

Kita-Erzieherinnen und Grundschullehrer informieren Eltern über die Fördermöglichkeiten in Förderzentren. Feststellungsdiagnosen zu sonderpädagogischem Förderbedarf werden innerhalb einer Frist von zwei Monaten erstellt und führen zu individueller Förderung.

2. Methodenkritik, Lernfortschrittsmonitoring, verbindliche Inhalte und Ziele

Grundsätzlich entscheiden die Lehrer über den Einsatz der angewandten Methoden. Sie müssen allerdings kritisch und richtig angewandt werden. Die Methode „Lesen durch Schreiben“ wird von der Mehrheit der Eltern, die das Schreiben-Lernen ihrer Kinder unterstützen müssen, abgelehnt. Inwieweit sie sich für Schüler nicht-deutscher Herkunftssprache eignet, die an vielen Schulen weit mehr als 50 % der Schülerschaft ausmachen, ist nicht erwiesen. Deshalb muss diese Methode an unseren Grundschulen in Zukunft zugunsten bewährterer Lese- und Schreibmethoden zurückgestellt werden. Außerdem gibt es eine Reihe wissenschaftlicher Erkenntnisse, die darauf hinweisen, dass das Erlernen der verbundenen Schreibschrift Denkprozesse im Gehirn positiv befördert. Sie sollte deshalb wieder gelehrt werden. Insgesamt müssen die Erwartungen bspw. an den Wortschatz und den Schrifterwerb angehoben werden.

Außerdem muss mehr Zeit als bisher verpflichtend in das Erlernen und Vertiefen der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen fließen. Alle Grundschüler sollten pro Tag verpflichtend mindestens eine Stunde Unterricht in Deutsch und in Mathematik bekommen.

Im Hinblick auf diagnostische Tests, wie bspw. den bundesweiten VERA-3-Test, muss es dringend einen Haltungswechsel geben: Sie müssen als sinnvolles Hilfsinstrument verstanden, statt bekämpft zu werden. Andere Bundesländer und auch Versuche in Berlin haben gezeigt, dass durch ein enges, angepasstes Lernmonitoring mittelfristig gute Erfolge bei den Schülerleistungen erzielt werden können. Die Durchführung und Auswertung des Lernmonitorings muss obligatorisch und transparent im Kollegium, mit der Schulverwaltung, mit den Eltern und Schülern erfolgen.

Um die Übergangschancen auf weiterführende Schulen, die oft auf Grundschulnotendurchschnitten basieren, gerechter zu gestalten, sollten berlinweit einheitliche Vergleichsarbeiten (samt einheitlichen Korrektur- und Bewertungsvorgaben) in der 4. und 6. Klasse durchgeführt werden. Mit allen Eltern wird der Wechsel auf eine weiterführende Schule nach Klasse vier als Option besprochen.

3. Stärkere Entlastung und Unterstützung der Schulleitung und der Lehrer

Ein Schulleiter muss sich hauptsächlich der Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie der Personalführung und -entwicklung widmen können. Deshalb muss jede Grundschule schnellstens eine Verwaltungskraft bekommen. Auch die Unterstützung für Lehrer durch andere Professionen – Sonderpädagogen, Sozialarbeiter, IT-Experten, Hausmeister, ggf. Krankenschwester und Psychologen – muss weiter ausgebaut werden, damit die Lehrer sich stärker auf den eigentlichen Unterricht konzentrieren können. An Brennpunktschulen sollte es in der Schuleingangsphase grundsätzlich eine Doppelsteckung geben, um den Anforderungen

im Hinblick auf Inklusion und Migration Rechnung tragen zu können. Lehramtsstudenten dürfen keinen eigenständigen Unterricht erteilen, aber sie sollten Lehrer in einem eng definierten zeitlichen und inhaltlichen Rahmen als „Pädagogische Hilfskräfte“ (ähnlich der „Wissenschaftlichen Hilfskräfte“ an Universitäten) unterstützen und damit früh Einblicke in den Beruf gewinnen können.

4. Neues Lehrerbild: Teamspieler statt Einzelkämpfer

Der Grundschullehrer der Zukunft wird Teamspieler statt Einzelkämpfer sein müssen. Im Team gilt es, konkrete Zielsetzungen (Meilensteine, regelmäßig angepasste Tests) und gemeinsame Unterrichtsvorbereitung umzusetzen, sowie die Lernumgebung und Arbeitsbedingungen so umzugestalten, dass alle Beteiligten gern an ihren Arbeits- bzw. Lernplatz gehen und Probleme und Konflikte rechtzeitig erkannt und bearbeitet werden. Hierzu muss u. a. die Kooperation zwischen Lehrern und Erziehern verstärkt und auf Augenhöhe institutionalisiert werden. Schulleiter, Lehrer und Erzieher setzen sich – auch in Absprache mit den Eltern – gemeinsam Ziele und arbeiten bei der individuellen Förderung und bei der Gestaltung des Ganztags Hand in Hand. Das gilt insbesondere auch bei der Umsetzung verbindlicher Verhaltensregeln (Schulordnung).

5. Qualitätssichernde Maßnahmen bei Quereinsteigern

Quereinsteiger dürfen in Mathematik und Deutsch nicht in der ersten Grundschulklasse eingesetzt werden, ebenfalls nicht als Klassenlehrer. Sie müssen das didaktische Handwerkszeug, oft auch die fachlichen Voraussetzungen, unter großem Stress berufsbegleitend erst noch erwerben, gleichzeitig werden in der 1. Klasse entscheidende Weichenstellungen für den späteren Lernerfolg gelegt. Der Einsatz von Quereinsteigern pro Schule muss begrenzt werden, Schulleiter halten eine Quote von maximal 20 % für tragbar. Die Praxis, dass Quereinsteiger in der Regel sofort unbefristete Verträge bekommen, muss beendet werden.

6. Pädagogisch sinnvoller Einsatz von digitalen Medien

Kinder von heute verbringen mehr Zeit vor dem Smartphone als mit Büchern, wobei gerade das Lesen und Vorlesen von Büchern beim Lese- und Schreiberwerb nachweislich eine wichtige Rolle spielen. Am Bildschirm prägen sich Wörter und Inhalte weniger gut ein. Studien zeigen überdies, dass Kinder aufgrund hohen Medienkonsums schon im Grundschulalter Aufmerksamkeits- und Konzentrationsdefizite haben und mit Gewaltspielen und anderen kindergefährdenden Inhalten in Berührung kommen und dadurch verrohen. Cybermobbing dringt tief und rund um die Uhr in Kopf und Seele von Schulkindern ein. Eltern müssen daher früher, d.h. ab Klasse 1, und intensiver als bisher seitens der staatlichen Bildungsverantwortlichen mit Fragen bzgl. ihres Anteils am Bildungserfolg und des Medienkonsums ihrer Kinder konfrontiert und informiert werden.

Digitale Medien, die von der Grundschule zu stellen sind oder verfügbar gemacht werden, sollen in der Grundschule eingesetzt werden, wenn es pädagogisch sinnvoll ist. Alle

Grundschulen geben sich verbindliche Regeln für die Nutzung von privaten Smartphones, deren Kern sein muss, dass die Nutzung von Smartphones – zumindest für die Klassen 1-4 – während der Unterrichts- und Pausenzeit nicht gestattet ist.

Begründung:

Grundschulen kommt eine besondere Bedeutung zu. Hier werden für alle Schülerinnen und Schüler die entscheidenden Weichen für den Bildungserfolg gelegt. Ihre Aufgabe ist es, Kinder mit Freude an das Lernen heranzuführen und ein sicheres Fundament für künftige Lernerfolge zu legen.

2014 wurden mit der Reform der Grundschullehrerausbildung eine deutliche Aufwertung des Berufs eingeleitet, die in der Konsequenz auch zu einer deutlich besseren Vergütung führt. Die Situation an unseren Grundschulen ist aber noch immer besorgniserregend. In vielen Berliner Grundschulen können die große Heterogenität der Schüler und die mangelnden Voraussetzungen nicht mehr aufgefangen werden. Aufgrund jahrelang mangelnder Bereitstellung von Studienplätzen für Grundschullehramtsstudenten fehlen nun ausgebildete Grundschullehrer, und trotz angehobener Vergütung bleiben immer noch viele Rektorenstellen unbesetzt. Verstärkte Inklusion und die Aufnahme von Migrantenkindern werden die Herausforderungen absehbar weiter verschärfen. Berlins Schüler sind bei den einschlägigen Bildungsvergleichen der Bundesländer nicht nur seit vielen Jahren Schlusslicht, sondern schaffen es mittlerweile nicht einmal mehr, die Mindestanforderungen zu erfüllen. Dies verdeutlichen insbesondere die Ergebnisse der bundesweiten IQB-Studie aus dem Jahr 2016. Danach erreichen 20 % der Schüler nicht die von der Kultusministerkonferenz definierten Mindeststandards im Lesen, 16 % nicht im Zuhören, 34 % nicht in der Orthographie und 28 % nicht in der Mathematik. Besonders bedrückend ist, dass es seit der Vergleichsstudie aus dem Jahr 2011 in Berlin so gut wie keine Verbesserung gab.

Schlechte Grundschulen verbauen Zukunftschancen und sind damit hochgradig unsozial. Die Verbesserung der Grundschülerleistungen und der Bedingungen an unseren Grundschulen muss daher dringend zur Priorität in der Berliner Bildungspolitik werden. Ohne Zielsetzung und Maßnahmenplan keine Veränderung: wie in Antrag 18/0774 gefordert muss sich der Senat endlich klare inhaltliche und zeitliche Ziele setzen.

Berlin, 15. Mai 2018

Graf Bentele
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU